

## Reichtum. Macht. Armut.

Wie viel Ungleichheit verträgt die Gesellschaft?



Foto: Thomas Kupas

„Die sind so links, neben denen sind sogar Kommunisten Rechtsradikale.“ Der ältere Herr am Rande der Aktion der Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen in der City von Hannover im Vorfeld der letzten Bundestagswahl schüttelte immer wieder das graumelierte Haupt angesichts unserer Güterverteilung in unserer Gesellschaft. Seine so angesprochene Frau schien das ebenso zu sehen.

Nun ist die LAK mit 25 Mitgliedsorganisationen keine Ansammlung von Linksradikalen, sondern ein Netzwerk von Organisationen der Mitte der Gesellschaft. Allerdings ist ein Fazit der Arbeit seit LAK-Gründung 1995: Die Spaltung der Gesellschaft zwischen Arm und Reich ist tiefer geworden. Anfang der Neunziger betrug die Armutsquote noch 11 %, jetzt sind es 16 %, eine Steigerung von fast 50 %. Das Geldvermögen der privaten deutschen Haushalte erhöhte sich von 1999 bis 2017 von 3,3 auf 5,7 Billionen Euro, eine Steigerung von 175 %. Wie ungleich das Vermögen verteilt ist, hatten wir bei unserer Aktion mit Hilfe von Geldsäcken verdeutlicht: Die obersten 10 % besitzen über 60 % des Vermögens, die unteren 40 % haben praktisch nichts oder Schulden. (Zum Bedauern aller Beteiligten waren unsere Geldsäcke allerdings leer.) Diese Entwicklung hatte die LAK zu einem Fachtag am Weltarmutstag 2017 veranlasst, Motto: Reichtum. Macht. Armut. Über 100 Teilnehmende gingen der Frage nach: Wie viel Ungleichheit verträgt die Gesellschaft? Die Antwort ist eine zentrale

Aufgabe der nächsten Jahre. Scheitern wir an dem Problem, steht Demokratie, so wie wir sie kennen, auf dem Spiel.

### Armut überwinden – für ein solidarisches Niedersachsen

In Niedersachsen ist die Wirtschaftsleistung in den letzten Jahren stetig gewachsen. Trotz der günstigen Entwicklung sind 1,25 Millionen Menschen – jede\*r Sechste – von Armut betroffen. 2016 hatten 16 % der Niedersachsen ein Einkommen unterhalb der Armutsschwelle, 953 Euro für Alleinstehende. Besonders alarmierend: Das ist die höchste Armutsquote seit Beginn einer vergleichbaren Berechnung. In vielen Städten wird es immer schwieriger, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Immer mehr Arbeitnehmer\*innen haben unsichere Jobs mit niedrigen Löhnen. Zentrale soziale Leistungen wie Rente und Arbeitslosenunterstützung sind in der Vergangenheit verschlech-

„Die Herren machen das selber, dass ihnen der arme Mann Feind wird.“

Thomas Müntzer (1490–1525)

tert worden. Eine Mauer zwischen Arm und Reich spaltet unsere Gesellschaft. Das gefährdet unseren demokratischen Zusammenhalt. Wir brauchen mehr Solidarität, mit Armen, Arbeitslosen und Abgehängten, mit Geflüchteten und benachteiligten Einheimischen. Welche Bereiche sind von zentraler Bedeutung, wenn wir Armut in Niedersachsen überwinden wollen?

### Reichtum und Unfairteilung

Deutschland wird immer ungleicher. Wir brauchen einen Politikwechsel: Die Steuern auf Vermögen, hohe Einkommen und Gewinne müssen deutlich angehoben werden, Normal- und Geringverdienende brauchen eine Entlastung. Niedriglöhne müssen durch eine höhere Tarifbindung zurückgedrängt werden, ebenso atypische Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit, Werkverträge und Minijobs. Das Rentenniveau muss wieder ansteigen. Außerdem brauchen wir eine armutsfeste Grundsicherung.

### Wunderwaffe Bildung?

Bildung ist Allheilmittel gegen Armut – dieser Eindruck wird in Armut-Diskussionen erweckt. Wer es ernst meint mit Bildung zur Bekämpfung von Armut, muss sicher mehr in das Bildungssystem investieren, in Kinderbetreuung, Schulen und Hochschulen. Aber: Was nützt alle Bildung, wenn sie nicht zur Integration in existenzsichernde Jobs führt?

Wer Bildung als Königsweg predigt, individualisiert Probleme, drückt sich vor strukturellen Lösungen und schiebt das Versagen oft den Einzelnen zu.

### Teilhabe und Konsum

Bedingung für Gerechtigkeit ist gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Geschehen. Wer aus Armut den üblichen Lebensstandard für längere Zeit deutlich unterschreitet, ist von gesellschaftlicher Teilhabe und Konsum ausgeschlossen. Basis für eine Konsum-Diskussion, bei der vermieden wird, dass den ohnehin Armen und Ausgegrenzten Verzicht gepredigt wird, ist die Beteiligung der Betroffenen am Prozess der Armutsbekämpfung.

### Reichtum, Armut und Demokratie

Die Wahlbeteiligung in wohl-situierten Stadtteilen ist bis zu 40 % höher als in sozialen Brennpunkten. Dort erzielt die AfD überdurchschnittliche Wahlergebnisse. Parteien müssen bürgernäher werden, ihre Profile stärken, Alternativen aufzeigen, „ein Ohr für die Sorgen und Ängste der Menschen haben“.

Keine Gesellschaft kann es sich leisten, ganze Bevölkerungsgruppen zu verlieren. Nur eine sozial gerechte Gesellschaft kann dem Erstarken populistischer Parteien entgegenwirken.

Mit Sozialpolitik und Umverteilungsdiskussionen verliert man Wahlen. Heißt es. Ohne beides jedoch verliert man eins auf jeden Fall dauerhaft: das ohnehin schon abgehängte Drittel der Gesellschaft. Eine gemeinsame Erklärung zum Fachtag wurde unterzeichnet von: AWO, Caritas, DGB, Diakonie, Ev. Fachverband Wohnung/Existenzsicherung, GEW, KDA, LAK, Landesvereinigung Gesundheit, Paritätischer Nds., SoVD, ver-di.

kdg



Grußwort Dr. Ralf Selbach

Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Niedersachsen e.V. für die NETZ – Niedersächsische Teilhabe-Zeitung

### Liebe Leserinnen und Leser,

wer die Schlagzeilen der letzten Wochen in den Medien verfolgt, ist zunehmend verunsichert über die Lebenssituation in unserem Land. Während auf der einen Seite die Wirtschaft boomt und die Arbeitslosenzahlen auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung sind, nehmen auf der anderen Seite Schlagzeilen zu wie: „Altersarmut steigt rasant“ oder „Bezahlbarer Wohnraum in den Städten kaum mehr vorhanden“.

In den Beratungs- und Begegnungsstätten der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen erleben wir die Not vieler Menschen hautnah, die nicht oder nicht mehr vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren. Besonders bitter sind dabei für mich die Schicksale jener Menschen – es sind überwiegend Frauen –, die ihr Leben lang hart in ihrem Familienhaushalt oder meist neben der Familienarbeit auch in Teilzeitstellen gearbeitet haben und nun im Alter auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, weil die Rente nicht reicht. Viele Betroffene nehmen aus Scham die ihnen zustehende Unterstützung sogar nicht in Anspruch, so wie die 76-jährige Gerda S., deren Schicksal mir aus einer unserer DRK-Begegnungsstätten berichtet wurde. Gerda S. wohnt alleine und ist stolz darauf, dass sie sich ihre Selbstständigkeit noch bewahrt hat. Sie will auf keinen Fall ihren drei Kindern zur Last fallen. Eigentlich hätte sie Anspruch auf Grundsicherung. Die Grundsicherung will sie aber nicht in Anspruch nehmen, sonst müsste sie ihr Ersparnis einsetzen. Mit ihrem Ersparnis möchte sie vor allem ihre Beerdigungskosten begleichen, damit ihre Kinder damit nicht belastet werden.

Es sind Schicksale wie diese, die sich hinter den nackten Zahlen verbergen, wenn wir von Armut im Alter sprechen. Daher ist wichtig, Beratungsstellen und Begegnungsmöglichkeiten, wie sie von den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege angebo-

ten werden, vorzuhalten, damit Menschen wie Gerda S. sich überhaupt noch am gesellschaftlichen Leben beteiligen können.

Genauso wichtig ist aber auch, gegenüber Politik und anderen gesellschaftlich verantwortlichen Gruppen immer wieder darauf hinzuweisen, dass es trotz einem weit verbreiteten Wohlstand solche Schicksale wie das von Gerda S. gibt. Es bedarf der gesamtgesellschaftlichen Mitverantwortung, dass Menschen wie Gerda S. in Würde leben können. Das ist für die einzelnen Menschen wichtig, es sichert aber auch den sozialen Frieden in unserem Land.

Wir freuen uns deshalb, dass die NETZ – Niedersächsische Teilhabe-Zeitung mit ihren Beiträgen auf Menschen aufmerksam macht, deren Schicksal in unserer zunehmend digitalisierten und individualisierten Welt gerne verdrängt wird. Die Freie Wohlfahrtspflege unterstützt das Anliegen der NETZ, ein Sprachrohr der Betroffenen zu sein, deren Stimmen sonst in der Öffentlichkeit viel zu selten zu hören sind.

Ich wünsche der Landesarmutskonferenz als Herausgeberin der NETZ weiterhin viel Erfolg: als wichtige Lobby für von Armut bedrohte Menschen in Niedersachsen und in ihrem Anliegen, zunehmend Menschen an der Armutsbekämpfung zu beteiligen, die selber davon betroffen sind.

Dr. Ralf Selbach  
DRK, Vorsitzender der LAG FW Nds. e.V.

In der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e.V. (LAG FW) sind die sechs niedersächsischen Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossen: Neben der Arbeiterwohlfahrt sind dies die Caritas, das Deutsche Rote Kreuz, das Diakonische Werk, der Paritätische Wohlfahrtsverband und die Jüdische Wohlfahrt.



Reichtum umverteilen! LAK-Aktion am 16. September 2017 in Hannover

## Wer braucht noch Gewerkschaften?

### BGE: kontrovers diskutiert



Foto: Cynthia Rühmekorf

Rund 100 Teilnehmende und ein brisantes Thema: Das bedingungslose Grundeinkommen: Bleibt es bei der Utopie? Dazu diskutierten am 13. Februar 2018 im Pavillon Kulturzentrum in Hannover Ronald Blaschke, Begründer des Netzwerks Grundeinkommen, und Prof. Dr. Silke Bothfeld von der Hochschule Bremen. Den Einstieg machte eine Aktivistin vom Verein Mein Grundeinkommen, der für jeweils ein Jahr ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) verlost. Bisher wurden per Crowdfunding 150 BGE inkl. der Vereinsarbeit finanziert. Kriterien für das BGE sind finanzielle Absicherung, lebenslanger individueller Rechtsanspruch, keine Bedürftigkeitsprüfung und kein Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen.

Ronald Blaschke fordert, den Reichtum individuell zu verteilen, nötig sei ein BGE plus Bürgerversicherung. Silke Bothfeld sieht dagegen das BGE lediglich für wenige als „Exit-Option“, denn viele Menschen zögen ihre Sinnstiftung aus der Erwerbsarbeit. Sie plädiert für „sozialversicherungspflichtige Arbeit als Quelle der Wertschöpfung“, für die Verankerung sozialer Rechte, den Schutz von Tarifstandards, öffentliche Beschäftigungsinitiativen und dafür, „den Sozialstaat besser zu machen“.

### BGE oder mehr Sozialstaat für ein gutes Leben?

„Für die IG Metall als starke Gewerkschaft wäre das BGE uninteressant“, so Bothfeld, denn „in Branchen mit einer schwachen Arbeitnehmerschaft gebe es keine Mo-

tivation für ein kollektives Handeln, das auch finanziell durchzuhalten ist.“ Zudem berge das BGE die Gefahr, dass sich „neue Normen“ etablierten, wodurch die Position der Arbeitnehmer geschwächt würde: „Arbeitgeber müssten dann keine guten Angebote machen.“ Blaschke kontert, dass sich bereits heute „fünf ver.di-Landesbezirke für ein gewerkschaftskompatibles Konzept des Grundeinkommens“ aussprechen, während noch 2009 eine Forderung der IG Metall nach einem BGE „von Funktionären abgewimmelt“ worden sei.

Das BGE verschlechtere laut Bothfeld die Situation der Frauen, die mit dem „normativen Argument“, es bräuchte dann nur einer zu arbeiten, zu Hause bleiben könnten. Dagegen stärke laut Blaschke das BGE die Frauen familiär und beruflich, die ihr zusätzliches Einkommen frei aushandeln könnten. Mehr Selbstbestimmung sei emanzipatorisch, vor allem wenn es um Arbeit geht, die notwendig und auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet ist. Et was zu kurz kam das Thema Finanzierung. Bothfeld sagte, das BGE würde „ein Drittel des Volkseinkommens kosten und nur bedingt über Steuern refinanziert“. Da viele ein BGE bekämen, das sie eigentlich nicht bräuchten, „würde viel Geld fehlgeleitet“. Blaschke verwies auf eines seiner Bücher und die dort erläuterte „vollständige Finanzierbarkeit des BGE“. Konsens war, dass „Hartz IV mit seinem negativen Menschenbild“ dringend reformiert werden müsse. Das wäre immerhin ein Anfang.

Die Veranstaltung fand statt im Rahmen der Reihe „Schritt für Schritt ins Paradies! Wege aus dem Neoliberalismus“ – eine Initiative von DGB, Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen, ver.di, IG Metall, GEW, Kooperationsstelle Hochschulen, LAK, Stiftung Leben und Umwelt sowie vom Pavillon Kulturzentrum Hannover. **hs**

## Armut und soziale Ungleichheit bekämpfen



Arbeitslosigkeit und Kinder sind das bei weitem größte Armutsrisiko. Dagegen müssen wir etwas tun. Es kann nicht sein, dass Alleinerziehende, Familien mit mehreren Kindern und Geringqualifizierte überdurchschnittlich von Armut betroffen sind.

Deshalb fordern wir als Diakonie, dass für Alleinerziehende und Erwerbstätige, die von ihrem Einkommen nicht leben können, andere Instrumente gefunden werden. Alleinerziehende müssen besser unterstützt und der Mindestlohn erhöht werden. Die Politiker haben im Wahlkampf den Menschen zugehört und viel versprochen. Wir werden sie nach der Regierungsbildung daran erinnern, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich nicht noch weiter auftun darf.

**Hans-Joachim Lenke**  
Vorstandssprecher der Diakonie in Niedersachsen, [www.diakonie-in-niedersachsen.de](http://www.diakonie-in-niedersachsen.de)

## Betroffenen-Beteiligung – aber wie?

### Zwischen Sonntags-Lyrik und Alltags-Realität

Die Geschichte der Bundesrepublik ist die Geschichte einer permanenten Auseinandersetzung um Formen von Demokratie. „Mehr Demokratie wagen“ hieß es bei der SPD Ende der Sechziger. Anfang der Neunziger zur Wiedervereinigung möblierten jede Menge „Runde Tische“ die demokratische Landschaft und seit einiger Zeit ist Bürger\*innenbeteiligung schwer in Mode. Eine Sonderform der Bürger\*innenbeteiligung ist die Betroffenenbeteiligung und wer sie im Munde führt, outet sich quasi als „Sturmgeschütz der Demokratie“. Betroffenenbeteiligung meint in unserem Fall, mit Menschen zu verhandeln, die von Armut und Ausgrenzung bedroht sind, und nicht über sie. Sie wird gerne in Sonntagsreden und Konzeptionspapieren beschworen. An der Alltags-Praxis von Verbänden und Parteien hat sich wenig geändert: lieber den einfachen, paternalistischen Weg zu gehen, das heißt, von Hauptamtlichen definieren

lassen, was am besten für die Betroffenen ist.

Warum ist das so? Einige Gründe:

1. Die Lebenswelten in unserer Gesellschaft haben sich inzwischen immer mehr auseinanderentwickelt, nicht nur was die Spaltung zwischen Arm und Reich angeht. Auch Politiker\*innen und Verbandsfunktionär\*innen bewegen sich mitunter in Paralleluniversen zu Betroffenen, was Sprache, Habitus, Wahrnehmung gesellschaftlicher Konflikte angeht.

2. Je mehr Armut zunimmt, desto akzeptierter und selbstverständlicher wird sie im gesellschaftlichen Mainstream.

3. Betroffene fordern ihre Rechte zu wenig ein, ihre Selbstorganisationskräfte sind ermattet.

**2018 ist das deprimierende Fazit von 13 Jahren Hartz IV mit Armut, Diffamierung und Ausgrenzung:** Die Betroffenen sind fast ausschließlich mit dem Überleben beschäftigt, materielle und psychische Ressourcen reichen

nur in seltenen Fällen zur autonomen Organisation kollektiver Interessenvertretung.

**Was tun? Hilfe zur Selbsthilfe organisieren:** Politik und Verbände sind gefordert, notwendige Ressourcen wie Zeit und Geld für Betroffenenbeteiligung bereitzustellen. Beispiel: Die LAK hat gemeinsam mit Betroffenen Ende 2016 die „Gruppe GNADENLOS GERECHT“ ins Leben gerufen, deren Mitglieder einen großen Teil der Beiträge dieser NETZ liefern. Die Gruppe hat Informationsveranstaltungen für andere Betroffene und öffentliche Aktionen – auch in sozialen Brennpunkten – organisiert, besitzt einen eigenen monatlichen Treffpunkt und ist als Berichterstatterin für die LAK bei Fachtagen und Treffen von Menschen mit Armutserfahrung unterwegs. Das kostet Zeit und Geld, ist aber „alternativlos“. Die Demokratie verliert rapide an Legitimation, in sozialen Brennpunkten ist die Wahlbeteiligung teilweise um 40 % niedriger als in wohl-

tuerten Stadtvierteln und die AfD fährt hier Rekordergebnisse ein. Das hat auch damit zu tun, dass die Betroffenen das Gefühl haben: Ich werde nicht mehr gehört. Ich gehöre nicht mehr dazu. Das setzt eine Mentalitäts-Kaskade in Gang: Isolation, Resignation, Frustration, Aggression. Das ist sozialer Sprengstoff für unsere Demokratie.

Das Land Niedersachsen fördert seit ein paar Jahren mehrere Erwerbslosenberatungsstellen, die auf Grund ihrer Unabhängigkeit eine hohe Akzeptanz bei Betroffenen besitzen oder sie bereits jetzt in ihre Arbeit integrieren. Warum nicht einen Versuch wagen, bei dem diesen Beratungsstellen Mittel zur Verfügung gestellt werden, gemeinsam mit Betroffenen Beteiligungsmodelle zu entwickeln. Die Alternative ist: Weiter wie bisher. Ging ja bisher auch gut, sagte der Mann, der aus dem 19. Stock fiel, als er die ersten 18 hinter sich hatte ...

kdg



## Stadt - Land - Schluss?

**Wir bleiben bei den Menschen. Wo sie auch wohnen.**

**Diakonie**   
in Niedersachsen

**Diakonisches Werk evangelischer Kirchen in Niedersachsen e.V.**  
Ebhardtstraße 3 A • 30159 Hannover • Telefon 0511-3604-0  
[www.diakonie-in-niedersachsen.de](http://www.diakonie-in-niedersachsen.de)

# Die Würde des Menschen ist antastbar

Menschenbild & Medien



Gruppe GNADENLOS GERECHT

**Die Würde des Menschen ist unantastbar, laut Artikel 1 Grundgesetz. So schwer das zu konkretisieren ist: Wer sich in sozialen Netzwerken und privaten Medien umschaute, wird täglich Zeuge von Verletzungen ebenjener Würde.**

Beispielhaft sind – je nach Wirtschaftslage zyklisch wiederkehrende – „Sozialschmarotzer“-Kampagnen gegen Arbeitslose und Arme, die sich auch in privaten Medien widerspiegeln. Diese Kampagnen konstruieren ein Menschenbild, das unsere Gesellschaft noch tiefer als ohnehin spaltet.

„Armes Deutschland – stemeln oder abrackern?“ So lautet der Titel einer Serie von RTL 2, die ab dem 9. April 2018 jeden Montag um 22.15

Uhr wiederholt wird. Clips sind im Internet abrufbar, unter Titeln wie: „Der Staplerfahrer und die Schmarotzerin“. In einer der Folgen wurde mit Isabella und Dennis ein Paar aus einem Obdachlosenheim, deren fünf Kinder in der Obhut des Jugendamtes waren, regelrecht vorgeführt. Auch für Menschen mit reduzierter Empathie war erkennbar, dass das Paar vom Leben überfordert ist und mögliche Folgen eines TV-Auftrittes nicht absehen kann. Selbst eine Bou-

levard-Krawalltüte wie der Kölner „Express“ urteilte angewidert über das RTL Format: „RTL2 filmt in der Sendung „Armes Deutschland“ am dunklen Rande der Gesellschaft und hält dabei voll drauf auf jene Hartzler, die der Sender anständigerweise besser vor sich selbst geschützt hätte.“ (Quelle: www.express.de/29021582)

**Wer kontrolliert sowas?** Die Kontrolle von privaten Medien in Niedersachsen obliegt der Landesmedienanstalt Niedersachsen NLM. Die NLM ist zuständig für die Kontrolle von RTL. Die LAK hat einen Sitz in der Versammlung der Landesmedienanstalt, die das beschlussfassende Organ der NLM ist (Details www.nlm.de). Der Vertreter der LAK in der Versammlung kann im Fall eines Regelverstößes durch RTL versuchen, ein Rügeverfahren bei der NLM zu initiieren.

Da ich allein aus Psychohygiene Gründen nicht permanent RTL auf Verletzung der Menschenwürde scan-

nen kann, bitte ich um sachdienliche Hinweise, gerne mit kurzer Begründung, an: Klaus-Dieter Gleitze, landesarmutskonferenz@gmx.de. Die Hinweise werden vertraulich behandelt. Es gibt keine Checkliste für Würde-Verletzung, an der Interessierte sich abarbeiten können. Das muss im Zweifel gerichtlich entschieden werden. Der Verfassungsgerichtshof Sachsens dazu in einem Urteil (Quelle: Vf. 48-I-13): „Unabhängig von der strafrechtlichen Bewertung ... wird der jedem Menschen gleichermaßen zukommende Wert missachtet, wenn eine bestimmte Gruppe von Menschen pauschal als Schmarotzer diffamiert wird.“

Die Verrohung des öffentlichen Diskurses und die chronische Aufweichung eines humanistischen Menschenbildes, auch in den Medien, legen allerdings den Verdacht nahe, dass hier zu selten Widerspruch eingelegt wird. Und wo kein Kläger, auch kein (Menschen-)Recht.

kdg

Die Regelsätze für Arbeitslosengeld 2 (Hartz IV) steigen, aber ...

## Wir sagen Nein!

Seit dem 1. Januar 2018 erhalten Empfängerinnen von Arbeitslosengeld 2 (Hartz IV), sieben Euro mehr im Monat oder pro Tag 23 Cent. Hintergrund ist, dass das Bundesverfassungsgericht (BVG) in einem Urteil den Gesetzgeber aufgefordert hat, die Regelsätze lebensnah und bedarfsorientiert festzulegen. Allerdings hat das BVG keine Beträge festgelegt. Die Bundesregierung hat 2017 zwar eine Erhöhung verabschiedet. Zugleich wurden aber auch Kürzungen vorgenommen. Einige Beispiele (monatlich pro Person):

2016 gab es für Nahrungsmittel und Getränke 143,45 Euro im Monat, 2017 nur noch 142,42 Euro. Haben die Arbeitslosen jetzt weniger Hunger und Durst? – **Wir sagen Nein!**

2016 wurden für Einrichtungsgegenstände 30,62 Euro monatlich gezahlt, ab 2018 sind es nur noch 25,61 Euro. Halten Einrichtungsgegenstände (z.B. Möbel) neuerdings länger? – **Wir sagen Nein!**

2016 wurden für Gesundheitspflege 17,35 Euro monatlich gezahlt, ab 2018 sind dies nur noch 15,79 Euro. Ist die Gesundheit der Arbeitslosen

jetzt weniger wichtig? – **Wir sagen Nein!**

2016 wurden für Freizeit, Unterhaltung und Kultur 44,60 Euro monatlich gezahlt, ab 2018 sind dies nur noch 39,86 Euro. Brauchen Arbeitslose jetzt weniger für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben? – **Wir sagen Nein!**

2016 wurde für die Weiterbildung 1,55 Euro monatlich gezahlt, ab 2018 sind dies nur noch 1,06 Euro. Brauchen Arbeitslose jetzt weniger für die Weiterbildung? – **Wir sagen Nein!** Wir stellen dazu auch die Frage: Ist die Weiterbildung von Arbeitslosen überhaupt noch gewollt? Insgesamt: Sind die Regierenden bei dieser verdeckten Kürzungsserie wirklich der Überzeugung, dass sie damit »lebensnahe und bedarfsorientierte« Regelsätze festgelegt haben? – **Wir sagen Nein!**

Hier wird ein „Nullsummenspiel“ zu Lasten der Betroffenen durchgezogen. Die Gewerkschaften dürfen nicht lockerlassen, die soziale Lage dieser Betroffenen wieder zu verbessern.

Harry von Känel

Arbeitskreis Arbeitslose Linden



## Sie haben Schulden? Es gibt Hilfe!

Jeder zehnte Mensch in Niedersachsen ist überschuldet. Jeder zehnte Mensch in Niedersachsen kann also Schulden, Zinsen, Mahngebühren nicht mehr aus eigener Kraft bedienen. Sind auch Sie betroffen? Befinden Sie sich in der Schuldenfalle? Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e. V. und seine Mitgliedsorganisationen unterstützen Sie dabei, Perspektiven für sich und Ihre Familie zu entwickeln und sich dauerhaft aus der Schuldenfalle zu befreien.

Informationen und Ansprechpartner finden Sie auf unserer Website unter [www.paritaetischer.de](http://www.paritaetischer.de)

**DER PARITÄTISCHE  
NIEDERSACHSEN**

PARITÄTISCHER WOHLFAHRTSVERBAND  
Niedersachsen e.V.

Gandhisträße 5a  
30559 Hannover

Telefon 0511 52486-0  
Fax 0511 52486-333

landesverband@paritaetischer.de  
[www.paritaetischer.de](http://www.paritaetischer.de)

## 1995

Zitat aus der Gründungserklärung der Landesarmutskonferenz von 1995: „Die Armutssituation in Niedersachsen spitzt sich zu ... Prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Erwerbslosigkeit führen zu einer zunehmenden Spaltung der Gesellschaft. ... Wohnungslosigkeit ist für einen zunehmend größer werdenden Personenkreis Bestandteil einer oft ausweglosen Armutskarriere. ... Die Dramatik der gegenwärtigen Entwicklung, in der Betroffene eher Diffamierung und Ausgrenzung als Solidarität erfah-

ren, erfordert die Bündelung und Abstimmung der politischen Akteure, die sich für soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft einsetzen ... Gemeinsam mit den Betroffenen, den regionalen und örtlichen Initiativen soll deren sozialpolitischen Forderungen auch landespolitisch ein besonderes Gewicht gegeben werden. ...“

Was hat sich seit 1995 geändert, als die „Dramatik der gegenwärtigen Entwicklung“ einsetzte? **Damals waren 11 % der Bevölkerung von Armut bedroht. Heute sind es fast 50 % mehr: 16 %.** kdg

## Digitalisierung in der Arbeitswelt

Die Politik muss handeln

Digitalisierung und Automatisierung revolutionieren die Gesellschaft. Die Entwicklung gewinnt weiter an Dynamik, in der Arbeitswelt stehen große Umbrüche bevor. Bei vergangenen industriellen Revolutionen sind am Ende neue Tätigkeitsfelder und Arbeitsplätze entstanden – hier ist das fraglich. Studien belegen: Bereits heute könnten mehr als 15 Prozent der Stellen in Niedersachsen zu einem großen Teil von Maschinen erledigt werden. Noch ist das zu teuer, aber nicht mehr lange: Drohnen ersetzen Paketboten, autonome Lastwagen die Fernfahrer und Siri, Alexa und Co. die Sekretärin. Insbesondere Helfertätigkeiten sind davon betroffen, aber zu-

nehmend auch die Arbeit von Fachkräften. Die Politik muss die Menschen mit nachhaltigen Bildungskonzepten unterstützen und Modelle für eine sozial gerechte digitale Gesellschaft entwickeln.



Nikolai Nemitz

Referent für Sozialpolitik,  
Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e. V.

# Nicht allein – gemeinsam: Gruppe GNADENLOS GERECHT



Aktion zur DGB-Maifeier: 560 Euro Hartz IV

Ein Gruppenname, der den gesellschaftlichen Verhältnissen geschuldet ist: Verhältnisse, die zutiefst ungerecht sind und die für viele nicht einmal in absoluten Notlagen ein wenig Gnade kennen. Jeder Obdachlose in den hannoverschen Bahnhofstunneln und anderswo ist ein stummer Protest gegen das Versagen einer Politik, die schon lange nicht mehr allen Menschen ein Leben in Würde garantiert und

nicht einmal mehr das physische Überleben absichert.

### Wir wollen dem stummen Protest eine laute Stimme zur Seite stellen.

Die Verachtung gegenüber den Armen und Benachteiligten äußert sich nicht nur im Rassismus und in Ausländerfeindlichkeit einzelner. Die Verachtung ist seit Jahren im staatlichen Handeln strukturell angelegt, in Gesetze ge-

gossen und in Verwaltungshandeln umgesetzt. Hartz IV ist nur ein Ausdruck dafür. Die Lebensmitteltafeln sind ein anderer. Nicht unmittelbar die Gleichgültigkeit und Unbarmherzigkeit derer, deren Leben sich auf der Sonnenseite abspielt, wird die Obdachlosen aus den Tunneln oder der Eilenriede vertreiben. Aber mit ihrem Einverständnis werden dies die staatlichen Organe tun. Die Armen „fürsorge“ vor 150 oder 200 Jahren kannte dies alles auch schon: Vertreibung, Bettelverbote, Arbeitshäuser usw. Um den kulturellen Fortschritt dieser Gesellschaft im humanistischen Sinne ist es also nicht weit her.

### Wir wollen diesen Entwicklungen nicht tatenlos zuschauen.

Unsere Gruppe entstand im November 2016. Gerade hatte die Bundesregierung wieder einmal die Hartz-IV-Regelsätze um ein paar Cent angehoben, obwohl in den Wochen zuvor die Sozialver-

bände, z.B. die Diakonie, in eigenen Gutachten nachgewiesen hatten, dass die Regelsätze viel zu niedrig sind. Sie sichern eben das soziokulturelle Existenzminimum nicht ab: sie grenzen und schließen aus, von einer gleichwertigen Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Die Diakonie fordert z.B. eine sofortige Erhöhung der Regelsätze auf 560 Euro plus Miete und Heizung sowie die Wiedereinführung von Hilfen bei besonderen Bedarfen.

Zu dieser Thematik haben wir im März eine gut besuchte öffentliche Veranstaltung und mehrere Flugblätter, z.B. zum 1. Mai 2017, organisiert. Als ein Teil vom Bündnis „Reichtum umverteilen“ waren wir im Sommer auf der Straße und haben mit verschiedenen kleinen Aktionen in die Wahlkämpfe des vergangenen Jahres eingegriffen. Zum Jahrestag der Menschenrechte im Dezember haben wir an der Marktkirche das „Menschenrecht auf Wohnen“ eingefordert. Unse-

re Gruppe mischt sich politisch ein, wir wollen auf Parteien und Verbände einwirken und den gesellschaftlich ausgegrenzten Gehör verschaffen: denn wir gehören selbst dazu. Es geht – auch – um unsere prekäre Lebenssituation, unsere Interessen.

Unsere Aktivitäten finden zunehmend Resonanz. Im „Asphalt“, im „Lindenspiegel“ wurde berichtet. Die Gruppe wurde bisher von der Landesarmutskonferenz unterstützt und wird hoffentlich bald ein Teil dieses Zusammenschlusses sein. Schon jetzt sind einige Aktionen von GNADENLOS GERECHT auf

der Internetseite der LAK dokumentiert. Schauen Sie sich das bitte an und unterstützen Sie unser Anliegen.

Die Gruppe GNADENLOS GERECHT sucht noch MitstreiterInnen für die nächsten Aktivitäten. Wir freuen uns über das Interesse von jeder und jedem Einzelnen.

Wir treffen uns immer am vierten Dienstag im Monat um 19 Uhr im Sozialcenter der Diakonie in Hannover-Linden, 30451 Kötnerholzweg 3. Kontakt: Inga unter inga.maria@web.de

Jürgen Otte

GNADENLOS GERECHT



Veranstaltung der Gruppe GNADENLOS GERECHT

## Beratung – Hilfe

**Bad Bentheim**  
Wohnungslosenhilfe  
Wilhelmstraße 6a  
05922 9997796

Stationäre Hilfe  
Haus am Holtenser Berg  
Wienstraße 4f  
0551 5053302

**Braunschweig**  
Diakonie-Heim  
am Jödebrunnen  
Münchenstraße 11  
0531 8863140

**Goslar**  
Ambulante Hilfe  
Mauerstraße 34  
05321 3198980

Betreutes Wohnen  
Pippelweg 69a  
0531 8893097,  
0531 8893091

**Hamel**  
Senior-Schläger-Haus e. V.  
Ostertorwall 22  
05151 3921

**Bremervörde**  
Ambulante Hilfe  
Ernst-Bode-Straße 5  
04761 71979

**Hannover**  
Lindener Tisch e. V.  
Dunkelberggang 7  
0511 27078187

**Celle**  
Kalandhof  
Im Rolande 10  
05141 30060

Tageswohnung Treffpunkt  
Kötnerholzweg 9  
0511 2110634

**Cloppenburg**  
Ambulante Hilfe  
Vahrenstraße 11  
04471 81444

Frauennotunterkunft  
Vinnhorster Weg 73A  
0511 5193153

**Cuxhaven**  
Ambulante Hilfe  
Nordersteinstraße 63  
04721 52100

**Helmstedt**  
Ambulante Hilfe  
Carlstraße 38  
05351 41864

**Delmenhorst**  
Ambulante  
Wohnungslosenhilfe  
Koppelstraße 9  
04221 13847

**Hildesheim**  
Herberge zur Heimat  
Himmelsthür gGmbH  
Gartenstraße 6  
05121 34757

**Georgsmarienhütte**  
Übernachtungsstelle  
Oesede  
Schoonebeekstraße 8  
05401 41427, 05401 864211

**Holz Minden**  
Ambulante Hilfe  
Halbmondstraße 7  
05531 13134, 05531 140490

**Gifhorn**  
Ambulante Hilfe  
Braunschweiger Straße 56  
05371 9359821  
05371 17286

**Leer**  
Ambulante  
Wohnungslosenhilfe  
Reformierter Kirchgang 19  
0491 9250707

**Göttingen**  
Straßensozialarbeit  
Tilsiter Straße 2A  
0551 517980

**Lingen**  
Wohnungslosenhilfe  
Rheinerstraße 32  
0591 912470

**Lüneburg**  
Wendepunkt Salzstraße  
Salzstraße 14  
04131 409980

**Meppen**  
Ambulante Hilfe  
Domhof 18  
05931 984213

**Nienburg**  
Ambulante Hilfe  
Friedrich-Ludwig-  
Jahnstraße 29  
05021 66776

**Norden**  
Tagesaufenthalt für  
Wohnungslose  
Norddeicherstraße 146  
04931 992203

**Oldenburg**  
Ambulante  
Wohnungslosenhilfe  
Donnerschwerstraße 181  
0441 9339440

**Osnabrück**  
Tageswohnung „Tawo“  
Bramscher Straße 11  
0541 3303525

**Osterholz-Scharmbeck**  
Ambulante Hilfe  
Beckstraße 11  
04791 13398

**Papenburg**  
Ambulante  
Wohnungslosenhilfe  
Gutshofstraße 44/46  
04961 660780

**Peine**  
Ambulante Hilfe  
Kantstraße 35  
05171 769800

**Soltau**  
Ambulante Hilfe  
Karl-Baurichter-Straße 6  
05191 9313269, 05191 15875

**Stade**  
Ambulante Hilfe  
Bremervörder Straße 9  
04141 3383

**Syke**  
Haus der Hilfe  
Bremer Weg 2  
04242 60433

**Uelzen**  
Tagestreff für alleinlebende  
Wohnungslose  
Alte Wiesenstraße 19  
0581 79004

**Vechta**  
Beratungsstelle für allein-  
stehende Wohnungslose  
Dominikanerweg 8  
04441 7322

**Verden**  
Ambulante Hilfe  
Nikolaiwall 10  
04231 81774

**Wildeshausen**  
Ambulante  
Wohnungslosenhilfe  
Heemstraße 28  
04431 709430

**Wilhelmshaven**  
Ambulante Hilfe  
Weserstraße 192  
04421 92650, 04421 926518

**Winsen/Luhe**  
Stationäre  
Wohnungslosenhilfe  
Bodelschwingstraße 1  
04171 65450

**Wittmund**  
Ambulante Hilfe  
Drostenstraße 14  
04462 880950

**Wunstorf**  
Sozialstation  
Wunstorf gGmbH  
Albrecht-Dürer-Straße 1  
05031 912044

## Termine

**6. April 2018 – 20.00 Uhr**

**Suchen. Finden. Verlieren. Eine Geschichte aus Albi**  
Theater mit Geflüchteten.

Ein Projekt der LAK Niedersachsen.

Hannover, die hinterbühne, Hildesheimer Straße 39a,

Abendkasse 5/7 Euro, [www.diehinterebuehne.de](http://www.diehinterebuehne.de)

Weitere Termine: 7. und 11. April 2018, 20.00 Uhr,

Kulturzentrum Faust Warenannahme, Telefon 0511 455001

**17. Mai 2018 – 18.00 bis 20.00 Uhr**

**Reichtum und Eliten – Wer ist für die ungerechte Einkommens- und Vermögenskonzentration verantwortlich?**

Bündnisveranstaltung der Osnabrücker Ermutigung

Osnabrück, Aula der Universität

Osnabrück, Neuer Graben/Schloss

Information und Online-Anmeldung unter

[www.kooperationsstelle-osnabrueck.de](http://www.kooperationsstelle-osnabrueck.de)

**22. bis 29. Juli 2018**

**3. Wohnungslosentreffen, Motto: „Alles verändert sich, wenn wir es verändern“**

Für (ehemals) Wohnungslose, die aktiv an einer

Selbstvertretung mitwirken wollen,

Freistatt, Niedersachsen; Koordination: Stefan Schneider,

Stiftung Bethel, Deckertstraße 6 in 27259 Freistatt:

[stefan.schneider@wohnungslosentreffen.de](mailto:stefan.schneider@wohnungslosentreffen.de)

**17. Oktober 2018**

**Weltarmutstag**

mit Aktionen verschiedener Landesarmutskonferenzen

**6./7. November 2018**

**Treffen der Menschen mit Armutserfahrung,**

**Berlin, nationale Armutskonferenz**

(Reisekosten können begrenzt erstattet werden. Anfrage

[landesarmutskonferenz@gmx.de](mailto:landesarmutskonferenz@gmx.de))

**Jeden Monat erscheint das Straßenmagazin „Asphalt“**

in 15 Städten Niedersachsens. Viele Asphalt-Verkäuferinnen

und -Verkäufer sind oder waren wohnungslos, alle sind von

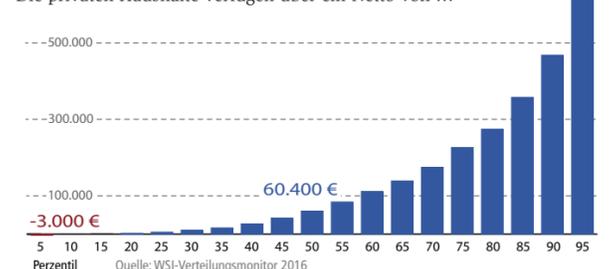
Armut betroffen. Der Magazinpreis beträgt im Straßenver-

kauf 2,20 Euro, davon behalten die Verkäuferinnen und Ver-

käufer 1,10 Euro.

So ungleich ist Deutschland

Die privaten Haushalte verfügen über ein Netto von ...



# Wohnungsnot – eine harte Nuss

## Aktion zum Tag der Menschenrechte



Die Aktivist\*innengruppe GNADENLOS GERECHT hat am UNO-Tag der Menschenrechte vorigen Dezember am Weihnachtsmarkt um die Marktkirche herum in Hannover eine Aktion durchgeführt. Unter dem Motto „Wohnungsnot – eine harte Nuss“ wurde an die Lebenssituation von

Menschen erinnert, die weit davon entfernt sind, einen vorweihnachtlichen Einkaufsbummel genießen zu können, weil sie wohnungslos oder sogar gänzlich obdachlos sind. Dabei ist das Recht auf eine eigene Wohnung ein besonders fundamentales Menschenrecht. Zur Erinnerung: In Hannover leben derzeit 1.250 Erwachsene und 500 Kinder in städtischen Notunterkünften. Wie viele tatsächlich auf der Straße leben müssen, wird von der Stadtverwaltung nicht erfasst. Die meisten seriösen Schätzungen gehen von etwa 300 Personen aus. Ein Mensch vom sogenannten Stadtmarketing wollte uns gern vertreiben. Wir sollten dafür Verständnis

haben, dass die Leute ausgerechnet zur Weihnachtszeit ungerne mit so betrüblichen Dingen wie Wohnungsnot und Obdachlosigkeit konfrontiert werden möchten, meinte er. Dabei ist das die perfekte Gelegenheit, daran erinnert zu werden, dass es Menschen gibt, denen es viel schlechter geht als man selbst. Wir erinnerten ihn dann an ein anderes grundlegendes Menschenrecht, nämlich das Recht zu demonstrieren, und hielten ihm die polizeiliche Verfügung der angemeldeten Demo entgegen.

Chris Carlson  
GNADENLOS GERECHT

# Erfolgreiche Tagung des ver.di-Erwerbslosenausschusses

## Mehr als 40 kamen

Am 24. Februar 2018 fand ein Treffen von ver.di Erwerbslosen statt. Es wurde ein Erwerbslosenausschuss gewählt. Der Erwerbslosenausschuss ist die Interessenvertretung der Erwerbslosen in der ver.di. Er setzt sich mit den Regelungen des Arbeitslosenrechts auseinander und entwickelt Ideen, wie sich ihre Lage verbessern lässt. Diese Ideen werden auf der Bezirks-, Landes- und Bundesebene eingebracht. Ver.di stellt ausreichende Finanzen zur Verfügung, die diese Arbeit ermöglichen. In aktuellen Tarifverhandlungen

ist oft ein tarifvertraglicher Zwang zum Beitritt zu einer kapitalgedeckten Tariffrente nach dem Betriebsrentenstärkungsgesetz Thema.

In unserer Diskussion forderten viele Erwerbslose eine Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung. Die kapitalgedeckte Tariffrente verlagert das Risiko der zyklischen Wirtschaftskrisen und Geldentwertungen auf die zukünftigen Rentner. Da helfen auch keine Garantien, denn es kann nur ein Geldbetrag garantiert werden. Was man sich in Zukunft dafür kaufen kann, weiß keiner. Anders ist

es, so Heiner Schilling, ver.di Landessekretär, bei der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Rentenhöhe bemisst sich an der Wirtschaftskraft. Folgender Beschluss wurde einstimmig gefällt: ver.di unterzeichnet keine Tarifverträge, in denen Betriebsangehörige zu einem Beitritt zu einer kapitalgedeckten Tariffrente nach dem Betriebsrentenstärkungsgesetz verpflichtet werden. In einem weiteren Antrag wird ver.di aufgefordert, branchenübergreifende Arbeitsgruppen in Bereichen mit prekärer Beschäftigung verstärkt zu fördern.

In den ver.di Bezirks-Erwerbslosenausschuss wurden gewählt: Marcus Linke, Thomas Blümchen, Carola Neumann, Volker Ritter, Andreas Schuchardt, Udo Selent.

Erwerblose ver.di Mitglieder sind herzlich eingeladen, mitzumachen.

Termine auf Anfrage bei Udo Selent, an.udo@web.de oder hannover-heide-weser.verdi.de/frauen-und-gruppen/erwerbslose

Udo Selent  
GNADENLOS GERECHT und Mitglied des ver.di Bezirks-Erwerbslosenausschusses

# LAK – baden gegangen

## Neuer Botschafter. Mitgliederwerbung



### Wie die LAK einmal ziemlich baden ging

Die LAK versucht immer wieder mit kreativen Aktionen, das Thema Armut in die Öffentlichkeit zu transportieren. Der Spruch „Soziale Gerechtigkeit darf nicht baden gehen“ schrie anlässlich der Bundestagswahl förmlich nach adäquater Inszenierung. Also begaben sich ausgewählte Gerechtigkeitskampfschwimmer\*innen der LAK am 21. August 2017 in den hannöverschen Fluss Leine und wollten mal so richtig gegen den Strom schwimmen, damit die soziale Gerechtigkeit nicht baden geht. Das fiel ins Wasser. Die Leine hat mit die höchste Fluß-Fließgeschwindigkeit in Deutschland.

Um dagegen anzuschwimmen, muss man mindestens Biber sein. Also schwammen wir mit dem Strom. Die Hoffnung: Ein derartiges Schwimmen produziert jene starken Bilder, die die Medien wollen. Die Medien kamen auch und ließen uns ein ums andere Mal in das eiskalte Wasser springen, für ein starkes Bild. Halb steif gefroren waren wir am Ziel der Reise froh, den richtigen Ausstieg zu erwischen – hinter der nächsten Flussbiegung wartet dort ein Wehr. Die Medienausbeute am nächsten Tag: nahe null. Alles andere war wieder wichtiger als Armut gewesen. Fazit dieser aufwändigen Aktion: Wie die LAK einmal ziemlich baden ging.

„Das arme Volk schleppt geduldig den Karren, worauf die Fürsten und Liberalen ihre Affenkomödie spielen.“

Georg Büchner (1813–1837)

### LAK-Botschafter

Armutsbekämpfung wird nur erfolgreich sein, wenn sie von der Mitte der Gesellschaft mitgetragen wird. Daher installiert die LAK ein Netzwerk von Botschafter\*innen. Das sind Menschen, die nicht unbedingt beruflich und politisch mit Armut zu tun haben, aber auf dem Gebiet kompetent sind und die Arbeit der LAK außerhalb von Verbandsstrukturen unterstützen können. Ein gewisser Bekanntheitsgrad ist da hilfreich. Unser erster Botschafter ist Thomas Schremmer, in der letzten Legislaturperiode sozialpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion Bündnis 90/Grüne. Er hat die Arbeit der LAK immer unterstützt und war bei Aktionen auf der Straße auch dann dabei, wenn kein Medienaufgebot lockte. Aus LAK-Sicht war es ein Verlust, dass Thomas Schremmer nicht in den neuen Landtag eingezogen ist. Wir freuen

uns auf die Zusammenarbeit mit unserem ersten Botschafter. Weitere folgen.

### LAK-Mitgliederwerbung

Letzte neue LAK-Mitglieder waren die IG Metall und der Landesseniorenrat. Zuwachs demnächst: Das Straßenmagazin Asphalt, die Betroffeneninitiative GNADENLOS GERECHT und das Bündnis unabhängiger niedersächsischer Erwerbslosenberatungen BÜNE.

Organisationen, Verbände, Initiativen, die sich aktiv an der Armutsbekämpfung in Niedersachsen beteiligen und Mitglied der Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen werden wollen, können sich gerne melden bei Klaus-Dieter Gleitze, landersarmutskonferenz@gmx.de. Ausgeschlossen sind Vereinigungen, die rechtsradikales Gedankengut vertreten.

kdg

# Recht & Gesetz

„Armenrecht: Eine Methode, mittels derer einem Rechtsuchenden, der kein Geld für Anwälte hat, gnädig erlaubt wird, seinen Prozess zu verlieren.“

Ambrose Bierce (1842–1914)

Das Bildungs- und Teilhabepaket, kurz BuT, soll Leistungen für hilfebedürftige Kinder und Jugendliche neben dem Regelbedarf gewähren, um gesellschaftliche Teilhabe und Bildungsteilnahme sicherzustellen. Das BuT ist ein nicht reformierbares, bürokratisches Monstrum.

Beispiel: Das Sozialgericht Hannover hat in einem rechtskräftigen Eilverfahren (Beschluss vom 06.02.2018 – S 68 AS 344/18 ER) ein Jobcenter dazu verurteilt, ein Tablet für einen Schüler in Höhe von 369,90 Euro zu übernehmen. Anspruchsgrundlage für solche Bildungskosten ist die verfassungskonforme Auslegung des Mehrbedarfs nach § 21 Abs. 6 SGB II. Bildungskosten sind in der Regel kein laufender Bedarf. Das Urteil ist hier veröffentlicht: tinyurl.com/ycukezoy.

Das so etwas im Zeitalter von Digitalisierung und Dauerklagen über mangelnde

de Bildungschancen als Einzelfall eingeklagt werden muss, ist ein trauriger Witz. Leistungsbezieher\*innen wird empfohlen, Schulbedarfsanträge zu stellen und die Ansprüche durch Gerichtsverfahren klären zu lassen.

Grundsätzlich gilt allerdings: Das gesamte System Hartz IV muss weg. Bei derartig ineffizientem und stigmatisierendem staatlichen Handeln drängt sich der Verdacht auf, es geht in diesem System nicht um Integration und Teilhabe, sondern um Kontrollieren, Überwachen, Strafen und Angsterzeugen. Kafka lässt grüßen und die AfD bedankt sich.

Der Aufbau eines solidarischen, armutsfesten Grundversicherungssystems kann allerdings nur gelingen, wenn alle Akteure an diesem Prozess beteiligt werden, von Verbänden über Gewerkschaften bis hin zu Betroffenen.

kdg

10. - 19. Mai 1993  
Landgericht Lüneburg



Sébastien Blei, Penner  
schöne Zeichnungen

19. bis 23. April 1993

LANDGERICHT AM MARKT

Ausstellung: 19. bis 23.4. - 8.30 - 16.15 Uhr  
„Justiz & Politik“ als „entartete Kunst“  
Veranstaltung: Handdruck vor Ort



Sébastien Blei wurde Ende des Krieges im Schoß einer bürgerlichen Familie geboren. Sein Abitur legt er in einem Klosterinternat ab und beginnt danach ein Studium an der Kunstakademie in München. Nach seiner Heirat schlägt er die Beamtenlaufbahn ein und entfernt sich langsam von bürgerlichen Wertvorstellungen. Nach seiner Scheidung ist er ein „freier Mann“. Alkohol und Drogen werden seine Begleiter, die Straße sein Zuhause. Er ist obdachlos und Penner. Jetzt wohnt er in Bremen, sitzt im Rollstuhl und zeichnet noch immer mit scharfer Feder.

## LandesArmutskonferenz

## Niedersachsen

Mitgliedsorganisationen der Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen sind:

Arbeiterwohlfahrt Braunschweig



Arbeiterwohlfahrt Hannover



Arbeiterwohlfahrt Weser-Ems



Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände (AGF)



Caritas in Niedersachsen



Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH)



Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)



Deutscher Kinderschutzbund (DKSB)



Deutscher Mieterbund (DMB)



Deutsches Rotes Kreuz



Diakonie in Niedersachsen



Evangelischer Fachverband Wohnung und Existenzsicherung e.V.



Ländervertretung der Tafeln in Niedersachsen und Bremen



IG Metall Niedersachsen-Sachsen-Anhalt



Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Soziale Brennpunkte Nds. e.V.



Landesseniorenrat Niedersachsen e.V.



Landesvereinigung für Gesundheit (LVG) Niedersachsen e.V.



Niedersächsischer Flüchtlingsrat



Paritätischer Niedersachsen e.V.



Selbsthilfe-Büro Nds. der Deutschen AG Selbsthilfegruppen e.V.



Sozialverband Deutschland (SoVD)



Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen e.V.



Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV)



Verbraucherzentrale Niedersachsen



ver.di Niedersachsen-Bremen



Die Geschäftsstelle der Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen:

LAG Freie Wohlfahrt



## Armut in Niedersachsen

## Forderungen an die niedersächsische Landesregierung

Die Armutsgefährdungsquote Niedersachsens ist laut Landesamt für Statistik Niedersachsen (LSN) 2016 auf 16,0% angestiegen. Die Quote ist im langfristigen Zeitvergleich der höchste jemals gemessene Wert. Sie steigt seit 2010 kontinuierlich an.

Etwa 1,25 Millionen Menschen in Niedersachsen gelten als armutsgefährdet. Das ist fast jeder sechste Niedersachse. Für die Landesarmutskonferenz Niedersachsen ist das inakzeptabel. Sie fordert alle Akteure auf, Armut in einem der reichsten Länder der Welt nachhaltig zu bekämpfen.

Besonders bedenklich ist, dass sich die Situation für sogenannte „Hauptrisikogruppen“ nicht verbessert. Erwerbslose haben mit 55% das höchste Armutsrisiko, Alleinerziehende haben eine Quote von 45%. In Niedersachsen sind rund 90.000 Menschen langzeitarbeitslos. Fast 25% aller Beschäftigten arbeiten im Niedriglohnbereich. Unter den Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren war mehr als jede bzw. jeder Fünfte (21,1%) armutsgefährdet. Angesichts wachsender sozialer Verwerfungen am Arbeitsmarkt und schwindender sozialer Sicherheit bei Arbeits-

losigkeit ist es endlich an der Zeit, die Politik der vergangenen Jahre nachhaltig zu korrigieren! Das Geld für mehr soziale Gerechtigkeit ist da. Was bisher fehlt, ist der politische Wille zur Veränderung.

## Forderungen der Landesarmutskonferenz an die neue Landesregierung.

**Prekäre Beschäftigung/Altersarmut:** Die LAK fordert zur Vermeidung von Altersarmut die Eindämmung des Niedriglohnbereichs, von prekären Beschäftigungsverhältnissen und Langzeitarbeitslosigkeit. Das Rentenniveau muss erhöht werden.

**Pflege:** Die LAK fordert eine qualitativ hochwertige, flächendeckende und nachhaltig finanzierte ambulante Pflege.

**Arbeitslosigkeit:** Die LAK fordert einen dauerhaften, ausreichend finanzierten sozialen Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose.

**Beteiligung von Betroffenen am Prozess der Armutsbekämpfung:** Die LAK fordert, nicht über Menschen zu reden, die von Armut und Ausgrenzung bedroht sind, sondern mit ihnen und sie am Prozess der Armutsbekämpfung zu beteiligen.

**Flüchtlingsintegration:** Die LAK fordert eine unabhängige Verfahrensberatung, Sicherstellung gleichberechtigter Gesundheitsversorgung und Sprachlernprogramme für alle ab dem Zeitpunkt der Einreise.

**Kinderarmut:** Die LAK fordert eine eigenständige Kindergrundsicherung, Lernmittelfreiheit und mehr Mittel für die vom Land geförderte Familienerholung für Familien mit geringem Einkommen.

**Wohnen:** Die LAK fordert einen massiven Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und eine zielgruppenorientierte Wohnungsversorgung.

**Zeit für Familie:** Die LAK fordert gute Arbeitszeitregelungen für alle und familien-gerechte Reduzierung auch für Männer.

Zur Finanzierung ihrer Forderungen verlangt die LAK

die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer, eine Transaktionssteuer und die Bekämpfung von Steuerflucht. Reichtum muss angemessen an der solidarischen Finanzierung der Gesellschaft beteiligt werden.

Wo die Umsetzung unserer Forderungen in den Bereich der Bundesgesetzgebung fallen, soll das Land Niedersachsen über Bundesrats-Initiativen aktiv werden.

Nachdenkliches zum Schluss:

Die aktuelle Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CDU enthält das Bekenntnis, den Kampf gegen die Armut fortsetzen zu wollen. Dennoch gibt es nur fünf Fundstellen mit dem Begriff „Armut“, aber 66 mit dem Begriff „Verwaltung“.

Es gibt noch viel zu tun in Niedersachsen ...

Die Sprecher\*innen der LAK:

**Meike Janßen**  
(SoVD Niedersachsen)

**Lars Niggemeyer**  
(DGB Niedersachsen)

**Thomas Uhlen**  
(Caritas in Niedersachsen)

## ... die Seele baumeln lassen

## Bürgerschaftlich Engagierte gärtnern mit Flüchtlingen

Die Schrebergärten in der Kleingartenkolonie Schwarze Flage am Lindener Berge liegen im Winterschlaf. Einen davon haben die Initiatoren von gEMiDe e.V. – „gesellschaftliches Engagement von Migrantinnen, Migranten und Deutschen“ – für ihre Vereinsaktivitäten gepachtet. An mehreren Stellen hatte das

Unkraut im letzten Jahr freie Bahn. Man sieht dem Garten an, dass er mal wieder etwas Hacke, Harke und Schaufel vertragen könnte. „Das wird hier alles wieder picobello“, sagt Eric Feise. „Sobald es wärmer wird, steht ein bunter Strauß von gemeinsamen Aktivitäten auf der Agenda.“

Feise ist nicht ohne Grund

optimistisch. Bürgerschaftlich Engagierte von gEMiDe e.V. und neu zugewanderte Menschen aus dem Sudan, Syrien, Iran, Irak, aus Mali, Eritrea und von der Elfenbeinküste haben vor, im Frühjahr ein gemeinsames Gartenprojekt zu starten. Hochbeete anlegen, den Zaun erneuern, den Gartenteich verschönern und natürlich gemeinsames Säen, Ziehen, Jäten, Hegen, Pflegen und Ernten, das alles steht auf dem Programm. In einem etwa 500 Quadratmeter großen Garten mit Häuschen und Seerosenteich, an dem abends die Frösche quaken, soll eine Oase für Menschen mit Fluchterfahrungen entstehen, die von bürgerschaftlich Engagierten niederschwellig an die Gartenarbeit herangeführt werden.

Auch Abdalla (Name geändert) steht schon in den Startlöchern und wartet sehnsüchtig auf den Frühling. Der 26-Jährige ist im Jahr 2016 als Flüchtling nach Deutschland gekommen. Abdalla stammt von der Elfenbeinküste. Dort hat er schon als Junge auf den Feldern helfen müssen und mit seinen Eltern und einigen Geschwistern Yamswurzeln, Maniok und Reis angebaut. „Ich möchte die Garten- und Feldarbeit in Deutschland kennen lernen“, sagt Abdalla. In den letzten eineinhalb Jahren hat er erst einmal Lesen und Schreiben und Deutsch gelernt. Wenn von den kommenden Aktivitäten im Gartenprojekt die Rede ist, bekommt er leuchtende Augen.

**Migrationsexperte Eric Feise sieht das Ganze etwas sachlicher:** „Die Flüchtlinge sollen in direkten Kontakt mit dem Boden Gelegenheit

finden, sich zu erden und in der neuen Heimat anzukommen“. Viele, wie beispielsweise Abdalla, die mit der Feldbearbeitung schon aus ihrer alten Heimat vertraut seien, „vermissen es, sich haptisch und mit ganzer Seele in die Natur begeben zu können“, erläutert Feise.

Abdalla, der junge Mann von der Elfenbeinküste, wünscht sich, im Anschluss an das Projekt auch beruflich im Bereich Gartenbau oder Landwirtschaft Fuß fassen zu können. Wer in Deutschland weiterkommen will, der oder die muss möglichst eine Ausbildung machen, das hat er inzwischen begriffen. Deswegen hat er sich vorgenommen, neben der Gartenarbeit weiter Deutsch zu pauken.

Aber auch diejenigen, die hier keine berufliche Möglichkeit sehen, freuen sich auf das Projekt. Unterstützt und finanziert wird es übrigens von der Landesarmutskonferenz Niedersachsen. Dabei zählt, dass in dem Gartenprojekt bürgerschaftlich engagierte Menschen und Flüchtlinge gemeinsam ein Betätigungsfeld finden, wo sie zur Ruhe kommen und ihre individuelle Produktivität entdecken können. Da kommt so-gar Eric Feise ins Schwärmen: „Natur erleben, bei gemeinsamer bodenständiger Tätigkeit die Seele baumeln lassen, dem ‚Citystress‘ entfliehen und im Umgang mit Werkzeugen schlummernde Fähigkeiten entdecken, das sind die Dinge, die wir gemeinsam vorhaben.“ Feise lächelt und fügt hinzu: „Wir freuen uns drauf!“

**Achim Beinsen**

## Wohnungslosentreffen in Freistatt

## Alles verändert sich, wenn wir es verändern



Begrüßung zum Wohnungslosentreffen 2017 in Freistatt

Vom 23. bis zum 30. Juli 2017 kamen 120 Wohnungslose und ehemalige Wohnungslose in Freistatt zum 2. Wohnungslosentreffen unter dem Motto „Wir machen weiter“ zusammen. Nach dem Erfolg des 1. Wohnungslosentreffens 2016, bei dem es darum ging Netzwerke aufzubauen, Standpunkte festzulegen und die Ziele einer erfolgreichen und selbstverwalteten Lobbyarbeit für Wohnungslose festzulegen, war das Hauptthema des 2. Treffens die Frage nach der eigenen Identität.

In mehr als 30 Workshops wurden verschiedenste Themen diskutiert, neue Fähigkeiten erlernt, Erfahrungen ausgetauscht und neue Ideen und Projekte entwickelt. Im

täglich stattfindenden „Kernprozess“ wurde sowohl nach einer klaren Gruppenidentität – der Begriff „Wohnungslose“ reicht da einfach nicht aus – als auch nach einer praktikablen Organisationsform gesucht.

Im Rahmen des Kernprozesses präsentierte eine Arbeitsgruppe von Studenten des Hasso Plattner Instituts (HPI) in Potsdam die Ergebnisse ihrer zwischen den Treffens entstandenen Studie unter dem Titel „Wer sind wir?“ Am Rande des Treffens fanden außerdem die Generalversammlungen des Armutsnetzwerks e.V. und der internationalen Organisation HOPE (European Network of Homeless People) statt. Außerdem

wurde während des Treffens eine Frauengruppe gegründet, um speziell die Belange von Frauen in den verschiedenen Organisationen und Vereinen vorzubringen und Defizite aufzuzeigen.

An den Abenden gab es die Möglichkeit, Lesungen, Filmvorführungen und Konzerte zu besuchen. Zum Abschluss des Treffens spielte die Nienburger Blues-Rock-Band JADE, die auf eine Gage zugunsten des Treffens verzichtete.

Das Wohnungslosentreffen 2017 wurde erneut in Gemeinschaftsarbeit vom Projekt „Wohnungslosentreffen“ der Wohnungslosenhilfe von Bethel im Norden, vom Armutsnetzwerk, dem Diakonischen Werk in Niedersachsen und der Gemeinde Freistatt veranstaltet.

In der Zeit nach dem Treffen wurde das „Projekt Wohnungslosentreffen“ von Beteiligten und Organisatoren unter anderem auf dem 36. Evangelischen Kirchentag in Berlin, auf dem Markt der

Möglichkeiten anlässlich des Festakts 150 Jahre Bethel in Bielefeld, auf dem 12. Treffen der Menschen mit Armuterfahrung der NAK in Berlin und auf dem Fachtag Partizipation der Diakonie Niedersachsen in Lüneburg, vorgestellt. Die Idee der Selbstorganisation Wohnungsloser trifft dabei immer öfter auf fruchtbaren Boden und erfährt Zustimmung und Unterstützung. **Auch nächstes Jahr wird wieder ein Wohnungslosentreffen in Freistatt stattfinden, dann vom 29. Juli bis 5. August 2018.**

**Christoph Meyer-Gerlt**

Freistätter Online Zeitung, wohnungslos.info



# Altersarmut verhindern!

## Menschenwürdige Mindestrente einführen!



Foto: Cynthia Rühmekorf

Für viele reicht schon heute die Rente nicht zum Leben. Immer mehr Menschen werden in die Altersarmut getrieben. Mit einem Durchschnittsverdienst von 2.500 Euro brutto und 15 Euro Stundenlohn kommt man nach 40 Arbeitsjahren auf eine Rente von ca. 904 Euro brutto. Aber wer erzielt schon 40 Jahre dauerhaft einen Durchschnittsverdienst von 2.500 Euro? Wer arbeitet 40 Jahre ohne Unterbrechung? Wer die Arbeit unter-

brechen musste, wer längere Zeit in Teilzeit arbeitete, wer arbeitslos war, wer lange Ausbildungszeiten und Praktika hatte, wer – wenn auch nur zeitweise – für geringen Lohn arbeiten musste, erreicht diesen Wert nicht.

Die Altersrenten von Frauen beliefen sich 2016 auf durchschnittlich 673 Euro brutto. Das ist deutlich weniger als die staatliche Grundsicherung im Alter von 799 Euro netto, die schon nicht zum Le-

ben reicht. Die Durchschnittsrente von Männern beträgt auch nur äußerst bescheidene 1.063 Euro brutto. Weil die Arbeitseinkünfte oft so niedrig und unsicher sind, dass sie nicht für eine minimale Alterssicherung reichen, haben sich die ArbeitnehmerInnen in den meisten europäischen Ländern eine Mindestrente erkämpft. In den Niederlanden bekommt, wer 50 Jahre dort gelebt hat, als Single 1.224 Euro inklusive Urlaubsgeld. In **Österreich** nach 30 Versicherungsjahren jede/r als Single 1.145 Euro. In Dänemark bekommt, wer 40 Jahre dort gelebt hat, als Single 1.710 Euro. (Quelle: H. Balodis, D. Hühne, Die große Rentenlüge, Frankfurt 2017, S. 141–150). Es gibt in der Europäischen Union nur 4 Staaten, die keine Mindestrente kennen. Das sind: Estland, Litauen, Slowenien und Deutschland! **Eine Mindestrente auch in Deutschland für 2018 in Höhe von 1.050 Euro netto ist das Mindeste!**

**Inga Schmalz**  
GNADENLOS GERECHT und  
Bündnis Rente zum Leben  
www.rente-zum-leben.de  
M. Köster/T. Weißert

# Wohnen ist ein Menschenrecht

Wollen Sie viele neue Menschen kennenlernen? Dann gehen Sie einmal zu einer Wohnungsbesichtigung. Der Markt ist leergefegt. Dabei trifft es bei weitem nicht nur Menschen mit geringem Einkommen. Krankenschwestern, Pfleger, Polizisten oder Erzieherinnen, für viele von ihnen ist bezahlbarer Wohnraum zur Mangelware geworden.

**Unter dem Slogan „Jeder Mensch braucht ein Zuhause“ benennen wir diese große Herausforderung als die soziale Frage unserer Zeit.** Sowohl in der Europäischen Sozialcharta als auch in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wird von einem (Menschen-)Recht auf

Wohnen gesprochen. Wir haben eine repräsentative Umfrage durchgeführt: Drei Viertel aller Befragten ist es äußerst oder sehr wichtig, dass das Menschenrecht auf eine Wohnung gewährleistet ist. Als gravierende Folgen hoher Wohnkosten werden von mehr als drei Viertel der Befragten ein erhebliches Armutsrisiko, Beeinträchtigung der Entwicklungschancen von Kindern, die räumliche Trennung von Arm und Reich und die Gefahr gesehen, wohnungslos zu werden. Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus (84%), die Bereitstellung preiswerter Wohnungen für benachteiligte Personen (80%) und die Förderung von Wohnungs-

genossenschaften (80%) finden als Lösungsansätze eine deutliche Zustimmung. Das ist auch unsere Überzeugung. Denn: Jeder Mensch braucht ein Zuhause!



**Thomas Uhlen**  
Caritas in Niedersachsen

# Tipps & rund ums Geld

## Sieben Euro mehr – im Monat

Die Hartz-IV-Regelsätze wurden zum 1. Januar 2018 angehoben: für Alleinstehende um sieben Euro auf 416 Euro (weit unter der 560-Euro-Forderung der hannoverschen Betroffenen-Initiative **GNADENLOS GERECHT**) und für Partner in der Bedarfsgemeinschaft auf 374 Euro. Unabhängig davon, dass die Regelsätze die Erhöhungen der Verbraucherpreise nicht auffangen, sollten die Bescheide der Jobcenter immer genau geprüft werden.

So haben Hartz-IV-Bezieher, die stationär in einem **Krankenhaus** oder anderswo untergebracht werden, weiterhin Anspruch auf die **vollen Regelsätze** und auf die Übernahme der kompletten Miete. Eine Kürzung des Regelsatzes, z. B. indem dieser mit der Vollverpflegung im Krankenhaus verrechnet wird, ist rechtswidrig.

**Fehlerhafter Hartz-IV-Bescheid: Widerspruch und Klage.** Es gilt also, jeden Bescheid gründlich zu überprüfen, vor allem wenn Sanktionen verhängt werden. Bei Fehlern oder Unregelmäßigkeiten, sollte zunächst Widerspruch gegen den betreffenden Bescheid eingelegt werden. Wenn dies beim Jobcenter keinen Erfolg hat und der Widerspruch abgelehnt wurde, besteht danach die Möglichkeit, vor dem Sozialgericht gegen den Hartz-IV-Bescheid zu klagen. Dabei sind einige Punkte zu beachten: Die vorgegebene Frist muss eingehalten werden;

diese endet einen Monat nachdem der Widerspruchsbekleid des Jobcenters zugestellt wurde. Die Klage ist beim zuständigen Sozialgericht schriftlich und in zweifacher Ausfertigung einzureichen, einschließlich aller Anlagen. Für eine Klage vor dem Sozialgericht gegen einen Hartz-IV-Bescheid ist nicht unbedingt ein Rechtsanwalt erforderlich, Betroffene können sich auch selbst vertreten. Das kostet zwar einerseits nichts, erhöht aber andererseits auch nicht die Chancen auf einen Erfolg. Zielführender ist es, einen **Anwalt für Sozialrecht** zu beauftragen; davon gibt es in Niedersachsen über 170 Rechtsanwältinnen.

**Klage vor dem Sozialgericht: Wer soll das bezahlen? Bei einer Klage vor dem Sozialgericht fallen für Hartz-IV-Bezieher keine Prozesskosten an.** Wenn jedoch ein Rechtsanwalt beauftragt wird, müssen die Kosten für diesen selbst getragen werden. **Hartz-IV-Bezieher haben aber die Möglichkeit, Prozesskostenhilfe zu beantragen.** Wenn diese bewilligt wird, werden auch die Kosten für den Anwalt übernommen und es entstehen **keine finanziellen Belastungen.** Detaillierte Informationen und ein Beispiel für eine Klageschrift finden Sie unter [www.hartz4hilfthartz4.de](http://www.hartz4hilfthartz4.de) sowie unter [www.hartziv.org](http://www.hartziv.org). Eine Liste mit Anwälten für Sozialrecht in Niedersachsen finden Sie hier: [www.anwaltsregister.de/Anwaelte\\_aus\\_Deutschland/Sozialrecht/Rechtsanwalt\\_in\\_Niedersachsen.html](http://www.anwaltsregister.de/Anwaelte_aus_Deutschland/Sozialrecht/Rechtsanwalt_in_Niedersachsen.html)

## Alltagsprobleme durch Kinderarmut: Eltern-telefon 0800 1110550

Die Armutsgefährdungsquote ist in Niedersachsen auf 16 Prozent angestiegen. Das zweithöchste Armutsrisiko nach Erwerbslosen haben Alleinerziehende, also meist Frauen. Bei Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren sind sogar 21 Prozent armutsgefährdet. Sie sind dadurch materiell, sozial und kulturell stark eingeschränkt, mit zum Teil schwerwiegenden langfristigen Folgen, die sie aufgrund ihrer Abhängigkeit aus eigener Kraft nicht abwenden können. Im Alltag ergeben sich daraus für Kinder und Eltern vielschichtige Probleme.

Das Elterntelefon sowie das Kinder- und Jugendtelefon sind bundesweite Netzwerke, getragen vom Verein *Nummer gegen Kummer*. Die meisten Elterntelefone werden vom Deutschen Kinderschutzbund (DKSB) betrieben. Das Elterntelefon bietet Beratung, Information und Unterstützung bei Fragen zu Erziehung oder Problemen im Umgang mit Kindern, ohne lange Wartezeiten, kompetent und anonym, unter der bundeseinheitlichen Telefon-Nummer 0800 1110550, montags und mittwochs (9–11 Uhr) sowie dienstags und donnerstags (17–19 Uhr). Weitere Informationen unter [www.dksbnds.de/Elterntelefon/c/636](http://www.dksbnds.de/Elterntelefon/c/636)

hs

# Editorial

Dies ist die fünfte Ausgabe der **NETZ – Niedersächsische Teilhabe-Zeitung**. Die Landesarmutskonferenz Niedersachsen ist NETZ-Mitherausgeberin. Positionen und Aktivitäten der LAK sind ein Schwerpunkt in dieser Ausgabe.

Die NETZ ist unabhängig, aber parteiisch. Sie ergreift Partei für die 1,25 Millionen Menschen in Niedersachsen, die von Armut und Ausgren-

zung bedroht sind. Das ist fast jede\*r Sechste.

Wie ist deren Sicht auf den Skandal Massenarmut in einem der reichsten Länder der Welt? Immer noch wird viel zu sehr über Betroffene geredet anstatt mit ihnen. Diese NETZ ist ihr Forum, Beiträge der Betroffeneninitiative GNADENLOS GERECHT und aus anderen Betroffenen-Initiativen nehmen breiten Raum ein.

Darüber hinaus gibt es zwei Frauen-Portraitfotos von Cynthia Rühmekorf, die Teil

einer Ausstellung „Arm. Ärmer. Alt“ waren.

Dank an die Caritas in Niedersachsen, die Diakonie in Niedersachsen und den Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen für Finanzierung dieser Ausgabe, an das Land Niedersachsen für Förderung der LAK und an die LAG der Freien Wohlfahrt für Unterstützung.

Allen, die bei der Produktion dieser Ausgabe geholfen haben, ein herzliches Dankeschön.

kdg



# Jeder Mensch braucht ein Zuhause

In Deutschland fehlen 1 Million Wohnungen.

Zuhause-für-jeden.de  
#Zuhausefuerjeden



## Umverteilen!

*Der Dax ist gewiss kein scheues Reh,  
da ich ihn täglich in der Glotze seh':  
Die Kurse steigen, die Wirtschaft wird feister,  
Deutschland ist wieder Exportweltmeister!*

*Alleinerziehende Mütter freut's garantiert,  
leider sind sie nicht börsennotiert,  
von etwas mehr Geld können sie nur träumen,  
bei geringem Gehalt, in engen Wohnräumen*

*Mini-Jobs, Leiharbeit, Mindestlohn,  
zum Überleben reicht das schon –  
gerade so eben, nur zur Teilhabe nicht:  
Nehmt endlich die Reichen in die Pflicht!*

*Den Spitzensteuersatz nur ein wenig anheben,  
schon wäre mehr Geld da für ein würdiges Leben,  
und damit das soziale Gefälle ausgleichen,  
hierzulande, zwischen Armen und Reichen*

*Die vom Staat finanzierte Infrastruktur,  
ob noch intakt, ob in Reparatur,  
nutzen schließlich auch die Reichen,  
die keineswegs durch die Straßen schleichen*

*In ihren seltsamen Luxuskarossen,  
mit der Kraft von zweihundert Zossen,  
und sich bisweilen darüber beschweren,  
dass ebendiese Straßen holperig wären*

*Seit Helmut Kohl – er ruhe in Frieden –  
sind neunzig Prozent des Staatsvermögens  
hingeschieden,  
wurde, was mit Steuergeldern kumuliert,  
kurzerhand verkauft und privatisiert*

*Und vor kurzem noch hat – ganz seine Art –  
der Mann im Rollstuhl die Armen ärmer gespart  
Zudem gibt es viel, das nicht funktioniert,  
sind Schulen marode, Wohnungen unsaniert*

*Gesetzt den Fall, Millionäre zahlten mehr Steuern,  
würde das ihr Leben spürbar verteuern?  
Oder könnte der Spitzensteuersatz aus früheren  
Zeiten  
finanziell eine Wende zum Bess'ren einleiten?*

*Doch geht es dann ans Steuernzahlen,  
ob in Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen,  
packt viele Reiche schlicht der Geiz –  
und sie parken ihr Geld in der Schweiz*

*Das ist Futter für Demagogen und Populisten,  
für Rechtsradikale und für Rassisten,  
der soziale Frieden ist schon lange bedroht,  
darum tut Umverteilung unbedingt Not!*

*Und damit es auch der Letzte kapiert,  
wird hier am Schluss klar konstatiert:  
Es geht nicht um Neid,  
es geht um Gerechtigkeit!*

hs

## Neue Wege gehen

**Hannover 96 Fan-Club „Rote Reihe“ plant Fußballer mit Einrichtung für Wohnungslose**

**Interview mit Vorstandsmitglied Michael Rabe**

**NETZ:** Herr Rabe, was ist die Rote Reihe?

**Michael Rabe:** Der Verein hat sich 2002 nach dem Aufstieg von 96 gegründet. Neben der

Unterstützung von 96 geht es um einen Beitrag für die Gemeinschaft in unserer Stadt. Zu den Mitgliedern zählen Ministerpräsident Stephan Weil, Oberbürgermeister Schostok oder Uwe Beyes vom Landesvorstand der Johanniter, unser Vorsitzender.

**NETZ:** Wieso Zusammenarbeit mit dem Werkheim, einer Einrichtung für Wohnungslose?

## Lebenswelten verbinden

### Geflüchtete und SchülerInnen gestalten Newsletter



Die Zweibrücken-News im Sommer 2017: Regina Dau-Pohl (Schillerschule), Annika Przemeczek, Carolin Gläser, Ashgar Erfanian, Katja Gunness, Julius Boeder, Karim Tebbe und Hilde Weeg

Der 72-jährige Iraner Ashgar Erfanian kam vor drei Jahren nach Deutschland, zunächst in die Unterkunft in der Zweibrückener Straße in Hannover. Sein Wunsch: „Es muss auch für Flüchtlinge die Möglichkeit geben, selbst zu Wort zu kommen. Das, was sie beschäftigt – ihre Probleme und Konflikte, aber auch ihre

Wünsche und positiven Erlebnisse – sollten sie mit anderen teilen können. Außerdem sollen Flüchtlinge und die deutsche Bevölkerung in Kontakt kommen. Ich wünsche mir, dass wir alle dadurch mehr voneinander lernen und erfahren.“ Aus diesem Wunsch heraus hat sich ein Zeitungsprojekt entwickelt, in Koope-

ration mit dem Schiller-Gymnasium in Kleefeld sowie der Heimleitung der Unterkunft. In bisher fünf Ausgaben der „Zweibrücken-News“ haben Geflüchtete von ihren Erfahrungen in ihrer Heimat und in Deutschland erzählt; ehrenamtlich unterstützt von einer erfahrenen Journalistin, einer Integrationshelferin sowie Schülerinnen und Schülern, die im Rahmen eines Sozialprojekts mitgestalten. Jeweils ein halbes Jahr lang erhalten drei bis vier SchülerInnen Einblicke in die Lebenswelt von Geflüchteten und ihrem Umfeld. Auf der anderen Seite haben bisher zehn Geflüchtete eigene Erfahrungen und Erlebnisse teilen können oder über z.B. Deutschkurse und ihre ersten Schritte ins Arbeitsleben berichtet. Im Rahmen des Projekts haben sie Einblicke bekommen in journalistische Arbeit; ihre Texte wurden auch ins Englische übersetzt.

Das Projekt läuft seit einem halben Jahr unter dem Dach des UFU e.V. (Unterstützerkreis Flüchtlingsunterkünfte) und wird von der LAK Niedersachsen und der Plattform Welt-in-Hannover unterstützt. Zum Jahresende wurde die Unterkunft in der Zweibrückener Straße aufgelöst, die BewohnerInnen sind umgezogen, aber das Projekt wird fortgesetzt. Ab Februar werden Greta, Maren, Elias und Nelson von der Schillerschule neu beginnen und mit Geflüchteten Themen und Texte erarbeiten. Ihre Berichte, Porträts und Interviews werden voraussichtlich auf Welt-in-Hannover zu finden sein, weitere Veröffentlichungen sind geplant.

Mehr: [welt-in-hannover.de/index.php?article\\_id=160&clang=0&rexsearch=zweibr%C3%BCcken](http://welt-in-hannover.de/index.php?article_id=160&clang=0&rexsearch=zweibr%C3%BCcken)

**Hilde Weeg**  
[hw@weeg-kommunikation.de](mailto:hw@weeg-kommunikation.de)

## Theater mit Geflüchteten

### Ein Projekt der Landesarmutskonferenz



**Suchen. Finden. Verlieren. Eine Geschichte aus Albilat. So heißt die aktuelle Theaterproduktion der LAK mit Geflüchteten.**

Die Grundlage der Geschichte bildet die persische Sage von „Rostam und Sohrab“. Rostam verbringt mit der Königstochter Tahmine eine Liebesnacht. Schon am nächsten Morgen muss er weiterziehen und schenkt ihr zum Abschied einen Armreif. Neun Monate später wird ein Sohn geboren: Sohrab. Als dieser zu einem Jüngling geworden ist, begibt er sich auf die Suche nach seinem Vater. Tahmine gibt ihm Rostams Armreif mit auf den Weg. Ohne dass sie voneinander wissen, kommt es zu einer schicksalhaften Begegnung ... Das Stück ist die Fortsetzung der ersten LAK-Theaterproduktion „Am Bahnhof“ von 2016, bei der es um Ankommen nach der Flucht ging

(Trailer: [www.youtube.com/watch?v=XMtS6If-RbA](http://www.youtube.com/watch?v=XMtS6If-RbA)).

Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, kulturelle Teilhabe ist aus Sicht der LAK ein zentraler Aspekt bei Integration. Und: Die Grenze verläuft nicht zwischen Einheimischen und Geflüchteten, sie verläuft zwischen Arm und Reich. Auch wenn rechte Demagogen mit der Behauptung des Gegenteils zunehmend erfolgreich sind. Unsere Gesellschaft besitzt nicht mehr viele gemeinsame Erzählungen, die über Klassenschranken und Gräben hinaus verbinden. Fußball ist eine davon, und Kultur. Daran knüpft die LAK an.

Die Premiere von „Suchen. Finden. Verlieren“ findet am

6. April 2018, 20 Uhr, statt, Ort: die hinterbühne, Hildesheimer Straße 39 a, 30169 Hannover. Die niedersächsische Sozialministerin Frau Dr. Carola Reimann wird ein kurzes Grußwort sprechen und hinterher gibt es bei einem Getränk die Möglichkeit zum Gespräch. Karten VVK im Künstlerhaus Hannover, online über [www.diehinterebuehne.de](http://www.diehinterebuehne.de) und an der Abendkasse. 5/7 Euro. Weitere Ter-

mine: 7. und 11. April 2018, 20 Uhr, Kulturzentrum Faust Warenannahme, Zur Bettfedernfabrik 3, 30451 Hannover. Karten: VVK Kulturzentrum Faust (Tel. 0511 455001) und an der Abendkasse. 5 Euro.

Das Stück soll auf Tournee gehen. Organisationen, Vereine und Initiativen, die Interesse an einer Aufführung haben, melden sich bei Klaus-Dieter Gleitze, [landesarmutskonferenz@gmx.de](mailto:landesarmutskonferenz@gmx.de) **kdg**



### Impressum

NETZ, Fössestraße 67, 30451 Hannover  
Telefon 0511 2102067, [gleitzek@gmx.de](mailto:gleitzek@gmx.de)

**Herausgeber:** Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen und Klaus-Dieter Gleitze (kdg) (V.i.S.d.P.), Hermann Sievers (hs)  
**Internet:** [www.landesarmutskonferenz-niedersachsen.de](http://www.landesarmutskonferenz-niedersachsen.de)  
**Gestaltung & Herstellung:** [design@in-fluenz.de](mailto:design@in-fluenz.de), Thomas Kupas  
**Auflage:** 10.000 Exemplare

Die Übernahme der Texte und Bilder der NETZ bedarf der schriftlichen Einwilligung der Herausgeber. Texte, die nicht von den Herausgebern stammen, geben nicht unbedingt deren Meinung wieder. Die NETZ dankt allen, die ihr bei dieser Ausgabe geholfen haben. Diese Ausgabe wurde finanziert von der Caritas in Niedersachsen, der Diakonie in Niedersachsen, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen und unterstützt von der LAG der Freien Wohlfahrt. Die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen wird vom Land Niedersachsen gefördert.

Redaktionsschluss März 2018

### Gender-Hinweis

Geschlechtersensible Formulierungen liegen in der Verantwortung der Autorinnen und Autoren.

Gefördert durch:



**Niedersächsisches Ministerium  
für Soziales, Gesundheit  
und Gleichstellung**

res Spiel wird gegen die Traditionsmannschaft von Hannover 96 sein, jeweils mit Rahmenprogramm. Geplant ist der 18. August. Ort und Zeit geben wir noch bekannt. Details unter [www.landesarmutskonferenz-niedersachsen.de](http://www.landesarmutskonferenz-niedersachsen.de)

Mehr über die Rote Reihe: [www.rote-reihe-96.de](http://www.rote-reihe-96.de)